

Berliner Tageblatt

Nr. 453

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 24. September 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Annahme der Konferenzeinladung.

Beschlüsse des heutigen Kabinettsrats unter Vorsitz des Reichspräsidenten.

Die deutschen Vertreter.

Kulher und Stresemann. — Die deutsche Antwort.

Der große Kabinettsrat, in dem die formelle Entscheidung über die Beantwortung der Einladung zur Ministerkonferenz fallen wird, begann heute vormittag um 11 Uhr im Konferenzsaal des Reichspräsidentenpalais. Zämtliche Reichsminister, auch der Reichswehrminister Dr. Gessler, der von seiner Dienstreise nach Berlin jetzt zurückgekehrt ist, nahmen an der Sitzung teil. Reichspräsident v. Hindenburg führte den Vorsitz. Der Gegenstand der Verhandlungen ist dahin begrenzt, daß heute nur die Antwort auf die Einladung sowie die Zusammensetzung und Funktion der deutschen Delegation entschieden werden soll. Es ist fraglich, ob die deutsche Antwort auf die Einladung der Alliierten einen förmlichen Vorschlag über den Ort der Konferenz enthalten wird; es ist möglich, daß diese wichtige Frage auf diplomatischem Wege geklärt wird, auf dem auch sonst Charaktere und Nebenumstände der Konferenz festgelegt werden müssen. Den Verhandlungen liegt der Antwortentwurf zugrunde, der im auswärtigen Amt vorbereitet ist. Das Reichsamt wird sich dagegen mit dem materiellen Inhalt des Sicherheitspaktes erst nach den Beratungen der Ministerpräsidenten der Länder vom Freitag und den Erörterungen des auswärtigen Ausschusses vom Sonnabend weiter beschäftigen.

Der Kabinettsrat wurde nach etwa zweistündiger Dauer kurz nach 1 Uhr beendet. Wie verlautet, ist die Entscheidung dahin gefallen, daß Reichsminister Giesele nicht zur Konferenz geht. Als deutsche Vertreter werden, wie bereits von uns angekündigt, Reichsminister Dr. Kulher und Reichsaußenminister Dr. Stresemann entsandt.

Die Antwort auf die Einladung zur Weltkonferenz geht, wie wir weiter hören, noch im Laufe des heutigen Tages ab.

Gegen 12 Uhr wurde folgende amtliche Mitteilung ausgeben:

Das Reichsministerium trat heute vormittag unter Vorsitz des Reichspräsidenten zu einem Kabinettsrat zusammen. Zur Beschlussfassung stand die deutsche Antwort auf die Einladung der alliierten Regierungen zu einer Konferenz über die Sicherheitsfrage. Es wurde beschlossen, die alliierte Einladung zur Konferenz anzunehmen; als deutsche Teilnehmer werden der Reichsaußenminister und der Reichsminister des Auswärtigen an der Konferenz teilnehmen.

Zu weiteren Verlauf der Sitzung wurden auch die zur Hebung der gegenwärtigen Zerrungsfrage anzuwendenden Maßnahmen erörtert. Der Reichspräsident brachte dem Reichsministerium gegenüber eindringlich zum Ausdruck, daß alles nur irgend mögliche geschehen müsse, um die jetzige Weltbewegung im rüstungsfähigen Sinne zu beinhalten.

Die angekündigte Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der Länder beginnt morgen unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Dr. Kulher im Reichspräsidentenpalais um 11 Uhr vormittags. Die Vorbereitungsarbeiten sind mit der außenpolitischen Lage und der Einladung zur Weltkonferenz beschäftigt.

In einer Nachmittagsitzung, die um 4 Uhr beginnt, wünscht der Reichsaußenminister auch das Problem der Preislenkung

zu besprechen. Aus diesem Grunde hat die Reichsregierung die Ministerpräsidenten der Länder gebeten, die Sachminister der Einzelstaaten zu den Besprechungen hinzuzuziehen.

Französisches Erkaunen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 24. September.

Die Pariser Morgenzeitungen verzeichnen mit Heberung die Meldungen ihrer Berliner Korrespondenten, daß die deutsch-nationale Opposition gegen die Konferenz der Alliierten nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Reichsregierung selbst eine unerwartete Unterstützung gefunden hat. Die Gründe für diese unerwartete Unterstützung werden wie folgt erklärt: „Andere Blätter denken an, daß der Reichsaußenminister die Zustimmung der Deutschnationalen durch große Zugeständnisse erkaufen hätte. Die deutsche Auffassung sei jetzt, daß die Konferenz in Locarno erst die zweite vorbereitende Beratung für die spätere große Konferenz bilden könne. Die Deutschen seien dazu entschlossen, in Locarno nur über den Weltpakt zu verhandeln. Die Schiedsgerichtsverträge mit Polen und der Schweiz seien in einem anderen Orte und zu anderer Zeit besprochen werden. Die Reichsregierung habe die Forderung geäußert, der Weltpakt zum Schweben gebracht zu werden. Die Annahme, daß die Opposition in Deutschland gar nicht „unerwartet“ im Falle der Deutschnationalen durch Zugeständnisse der Reichsregierung erkaufen werden sei, ist durchaus irrtümlich. Die deutsche These von der Trennung der Öl- und Weltpaktfragen hat, wie man in Paris recht gut weiß, schon vorher festgehalten. Die Redd.

Die französischen Blätter verzeichnen, daß die Blätter von Locarno in Deutschland keinen Beifall finden, daß Locarno nach deutscher Ansicht zu klein ist und nicht die Einrichtungen für einen großen Informationsdienst besitzt. Diese sehr berechtigten Einwendungen sind auch bereits von Franzosen gemacht worden, aber Luzern ist den französischen Politikern nicht genehm; sie hätten am liebsten Aufnahme oder einen anderen Ort der französischen Schweiz gehabt. Gegen Luzern wird angeführt, daß im Oktober das Klima zu rauhe sei, und daß die große Anzahl konvaleszierender Soldaten viele Schwierigkeiten nach dem Winterurlaub hätte. Diesem Argument ist natürlich keine Bedeutung beizulegen. Dieses letzte Argument um Mussolini die Teilnahme bequemer zu machen, und Luzern ist den Franzosen nicht genehm, weil es in der deutschen Schweiz liegt. Lediglich ist über den Ort und das Datum der Konferenz, wie hier erklärt wird, noch nichts Endgültiges beschlossen. Der 5. Oktober wird wohl der Tag des Beginns bleiben, aber die letzten Bestimmungen werden erst nach dem Eintreffen der Antwort aus Berlin getroffen werden. Die französische Delegation wird aus fünf Herren bestehen: Briand als Führer, Philippe Berthelot, Vagell und den juristischen Sachverständigen Fromageot und Vassigli.

Nicht Locarno, sondern Luzern?

Der Wunsch der Schweizer.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Genf, 24. September.

Wie ich höre, ist man in maßgebenden schweizerischen Kreisen noch immer überzeugt, daß die Konferenz der Außenminister nicht in Locarno, sondern in Luzern stattfinden wird, daß sich aus einer Reihe bereits dargelegter Gründe für diesen Zweck viel besser eignet als Locarno, das als Erholungs- und Kurort seine anerkannten hohen Vorzüge hat, dessen Eisenbahnverbindungen und postähnlichen Einrichtungen es aber als Sitz einer so wichtigen internationalen politischen Konferenz gänzlich ungeeignet erweisen lassen.

Polen und der Vorschlag Benešs.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Warschau, 24. September.

Der tschechoslowakische Schiedsvorschlag an die deutsche Regierung bildete gestern den Gegenstand einer Unterredung zwischen dem französischen Vorkämpfer Beneš und dem Außenminister Strzyński. Dieser wird berichtet, daß England von dem tschechoslowakischen Schritt vorher gewußt habe, während Frankreich davon vollkommen überrascht worden sei.

Der Wahlkampf in Lettland.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Riga, 24. September.

Großes Aufsehen erregt hier die Reformen der Wahlgesetze des Führers der lettigallischen Bauernpartei, Franz Traffun, wegen unbilligen Lebenswandels und Ungehorsams gegen die kirchliche Vorführung. Traffun erklärt die Reformen für einen Wahlmanöver, weil er sich von der Partei des tschechoslowakischen Erzbischofs getrennt hat. Abgeordneter Traffun ist dadurch bekannt geworden, daß er feierlich die Wegnahme der Jakobitische und deren Hebergabe an die Katholiken betrieben hat.

Gleitende Steuern?

Feststehende indirekte Steuern, variable Einkommensteuern.

von Erich Dombrowski.

Auf dem Wege diktatorischer Verordnungen wurden um die Wende des Jahres 1923/24 die Steuerleistungen auf eine neue Grundlage gestellt. Der Etat sollte unter allen Umständen balanciert werden, um die neugeschaffene Rentenmarkt stabil zu erhalten. Die Steuerzahler waren unter dem Druck der Abgaben und Konjunktur, festzuhalten. Die gesamte Wirtschaft, Produktion und Konsumtion, wurde unter dem Druck der Abgaben und Konjunktur, festzuhalten. Die Steuerzahler waren unter dem Druck der Abgaben und Konjunktur, festzuhalten.

Die Klagen und Proteste wollen nicht aufhören. Presse und Versammlungen sind voll davon. Jeder der zahlreichen Kongresse, die in den letzten Monaten stattfanden, beschäftigte sich mit diesen Problemen. Allgemein war der Ruf nach einem Abbau der Steuern. Nach einer neuen Revision der Besteuerung. Die Regierung hat natürlich ein Geäußertes vor dieser Arbeit, vor dieser Wiederaufstellung aller der veränderten Steuerprobleme. In diesem Zusammenhange aber ist die Frage gestellt, ob die Grundzüge, von denen unsere bisherige Steuerlegislation ausgeht, sich nicht als unzureichend erweisen. Auch die Reichsregierung, die sich als notwendig und erforderlich erweisen. Auch die Reichsregierung, die sich als notwendig und erforderlich erweisen.

Was heißt das? In England, um nur ein Beispiel herauszugreifen, muß sich der Schatzkanzler zusammen mit dem Budget auch die Steuern, Jahr für Jahr, neuwilligen lassen. Jede Stadterneuerung, jede Veranlassung in Deutschland sollte früher, bei der Stadterneuerung, die Zuschläge zur Einkommensteuer neu fest. Bald wurden sie erhöht, bald erniedrigt. Entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen. Jede öffentlich-rechtliche Körperschaft, die Industrie- und Handelskammer, die Bauwerkskammer, die Landwirtschaftskammer, bestimmt jährlich, wieviel von neuem die Höhe der Umlage für ihre Mitglieder. Nur die Reichsregierung läßt sich ihre Steuern, ob sie direkter oder indirekter Art seien, immer gleich für die Ewigkeit bewilligen. Mit anderen Worten: In lange bis eines Tages auf ihre Veranlassung oder auf einen Initiativantrag der Parteien hier eine Änderung beschlossen wird. Wir geben zu, daß dieses Verfahren manches für sich hat. Namentlich bei den indirekten Steuern, die tief in das wirtschaftliche Leben eingreifen. Handel, Handwerk und Industrie, schließlich auch die Finanzverwaltung, haben ein Interesse daran, mit festen Verhältnissen rechnen zu können. Auf die indirekten Steuern wird sich also dieser Vorschlag eines Umlageverfahrens nicht ohne weiteres anwenden lassen. Gut. Dabei muß alles bleiben, wie es gegenwärtig ist. Auch bei gewissen direkten Steuern. So vielleicht bei der Vermögens- und Erbschaftsteuer. Alle diese Steuerarten mögen die Grundlage, mögen das auf lange Sicht gegebene steuerliche Fixum sein, auf dem das Reich seinen Etat und die private Wirtschaft ihre Berechnungen aufbauen kann. Anders aber bei der Einkommen- und bei der Umsatzsteuer. Sie regeln sich nach einfachen Gesetzen, die, je nach den augenblicklichen Finanzanforderungen des Reiches, jedes Jahr neu fixiert werden können.

Welchen praktischen Wert hätte eine derartige, beschränkt variable Steuerlegislation? Gänzlich schließt sie eine Umlageverfahrenspolitik, wie sie zurzeit von der Reichsregierung betrieben wird, aus. Zum andern erzieht sie zur Sparsamkeit bei den Ausgaben für die öffentliche Verwaltung. Zum Dritten hat sie einen ausgeprägten sozialen Charakter. Denn die Einkommen- und Umsatzsteuer belasten jeden einzelnen, als Produzenten und als Konsumenten, unmittelbar, und jede Partei wird mit ihrer Steuerpolitik auf eine Entlastung der Einkommenbesteuerung Bedacht nehmen müssen. Dieser Druck von unten wird in geometrischer Progression jede Konjunktions- und jede Regierung, von Jahr zu Jahr, immer wieder veranlassen, nicht mehr an Ausgaben für öffentliche Zwecke anzusetzen, als es unabweisbar ist. Endlich aber wird das vornehmliche parlamentarische Recht: das Steuerbewilligungsrecht dadurch rein und unverfälscht wieder hergestellt. Als der Reichsfinanzminister v. Schieffelin von der demokratischen Opposition in den letzten Steuerberatungen in die Gänge getrieben wurde, als ihm wieder und wieder vorgehalten

Internationale Arbeiterkonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Genf, 24. September.

In Bern wurde die 13. Delegiertenversammlung der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiter unter dem Vorsitz des Nationalrats Nationalen eröfnet. Der Chef des Volkswirtschaftsdepartements, Bundesrat Schilling, hielt eine Ansprache. Sodann begannen die Arbeiten der Kommission. Es wird über den Zusammenstoß der drei internationalen Vereinigungen, die dasselbe Ziel verfolgen, zu einer Vereinigung erörtert. Der Vorsitzende der deutschen Abteilung schlug die Annahme der deutschen Sprache neben der französischen als offizielle Sprache in den Statuten vor. Die Kommission beschloß, die deutsche, französische und englische Sprache als offizielle Sprachen zu bezeichnen. Die zweite Kommission, die sich mit dem Schicksal der Angestellten beschäftigt, beschloß auf Vorschlag der deutschen Angestelltenvertreter alle Nationen, daß das Internationale Arbeitsamt die Lage der Angestellten in verschiedenen Ländern prüfen und eine ständige Zusammenarbeit zwischen der internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiter und den Angestelltenverbänden der verschiedenen Länder herbeiführen soll.